

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 63 (1984)
Heft: 6

Artikel: Vor den Wahlen in Israel : geht die Ära Begin zu Ende?
Autor: Bergmann, Theodor
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340135>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 31.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

graphen gefasst und dabei eine Abstimmung über Sicherheitsfragen vorgesehen, die bisher kaum über die Deklamation hinaus gelangt ist, dass vom deutschen Boden kein Krieg mehr ausgehen dürfe. Der Grundlagenvertrag hat im übrigen sehr realistisch das, was die deutschen Staaten in bezug auf die Sicherheit tun können, als europabezogen formuliert. Was die deutschen Staaten da tun können, tun sie nie nur für sich.

Die Frage ist also, ob sie gewissermassen modellhaft in der Lage sind, sicherheitsrelevante Vereinbarungen zu treffen, natürlich in Absprache mit ihren Verbündeten, ohne dass dadurch die Strategie ihrer Bündnisse berührt oder verändert wird.

Es ist die Überlegung wert, ob beide Staaten willens oder in der Lage sind zu vereinbaren, dass keine chemischen Waffen auf ihrem Boden gelagert werden. Was den Abzug solcher Waffen angeht, so können die Deutschen offensichtlich nicht über Waffen verfügen, die ihnen nicht gehören. Schon das macht klar, dass dazu Vereinbarungen zwischen ihnen und ihren beiden Hauptverbündeten erforderlich wären. Das könnte diese Verbündeten auch beruhigen, soweit das nötig ist.

Was den Abzug und die Kontrolle der getroffenen Vereinbarungen für die und zwischen den chemiewaffenfreien deutschen Staaten angeht, so ist klar, dass so etwas modellhaften Charakter für grössere Vereinbarungen gewinnen könnte. Gemeinsame Kontrollgruppen hätten sogar den Vorteil, dass sie keine Sprachbarrieren haben.

Gerade insofern können die beiden deutschen Staaten durchaus etwas im Interesse Europas leisten, auch für den Fall von anderen vertrauensbildenden Massnahmen, die für das europäische Zentrum vereinbart werden. Ein chemiewaffenfreies Gebiet in der Mitte Europas würde die Sicherheit der beiden Supermächte nicht gefährden. Es könnte aber dazu einladen, die Nachbarn der beiden deutschen Staaten aufzufordern, diesen Vereinbarungen beizutreten.

Jedenfalls ist es phantasielos und nach bisherigen Erfahrungen nicht erfolgversprechend, die Hoffnung auf eine weltweite Ächtung der chemischen Waffen zu setzen und dies als Entschuldigung dafür zu nehmen, das zu unterlassen, was im kleinen hier und heute möglich sein könnte. Gerade in einer Zeit, in der zwar nicht die öffentliche Sprachlosigkeit zwischen den

beiden Supermächten abnimmt, aber ihre interne Dialogfähigkeit, könnten die beiden deutschen Staaten auf einem begrenzten Sektor, der den beiden Grossen nicht wehtut, ihnen ein kleines Stück Detail- und Pionierarbeit abnehmen. Die Ergebnisse kämen allen zugute. Solange die Sicherheitsfragen, leider, eine so dominierende Rolle spielen, sollten die beiden deutschen Staaten die Möglichkeiten ausloten, die ihnen geographische Nachbarschaft nahelegt und ihre gemeinsamen Interessen an mehr Sicherheit befehlen. Das ist fruchtbarer als eine neue Runde der Diskussion zur Lösung der Deutschen Frage zu eröffnen, deren Erfolglosigkeit wie bisher sicher ist, zumal sie nur introvertiert westlich möglich wäre.

Es ist ja schön, wenn nun auch viele im Westen zur Kenntnis nehmen, dass es die Deutschen und ihre Probleme noch gibt, aber wir haben keinen Grund, unseren Freunden neue Sorgen zu bereiten. Die Deutschen, im Wesen wie im Osten gebunden, könnten sich und Europa einen Dienst leisten, mit dem einen oder anderen Modell. Man könnte es auch positiv formulieren: Warum soll nicht vom deutschen Boden Frieden ausgehen?

Vor den Wahlen in Israel

Geht die Ära Begin zu Ende?

Von Theodor Bergmann

Im Juli wird in Israel gewählt. Entscheidend wird sein, ob der Arbeiterblock Maarach den Likud-Block ablösen kann. Theodor Bergmann, Professor an der Universität Stuttgart, hat sich kürzlich einige Wochen lang in Israel umgesehen und umgehört. Dies sind seine Schlussfol-

gerungen über die gegenwärtige Situation.

Im März stürzte endlich die Rechtsregierung in Israel unter Shamir und Levi, zu der auch Sharon gehörte. Sie zerfiel an ihren inneren Widersprüchen, weil die Koalitionsparteien als

kleine Lobbies sich über die Grundfragen der Politik nicht mehr einigen konnten, weil wohl die grosse Mehrheit der Israelis dieser Regierung und ihrer katastrophalen Politik überdrüssig ist. Nie ist in Israel ein Politiker so grossmäulig angetreten und so leise weggetreten wie jener

Menachem Begin, der sich als grosser Demagoge nicht schämte, sich als König von Israel akklamieren zu lassen. Selten war ein «starker Mann» politisch so schwach wie dieser.

Begins negative Regierungsbilanz

Die Bilanz Begins, seines Nachfolgers Shamir und seiner Minister könnte negativer nicht sein. Begin hat zwar das Glück gehabt, dass der später ermordete Anwar Sadat von Ägypten ein Friedensangebot machte, das er nur mit Unterstützung des Arbeiterblocks durchsetzen konnte. Aber Begin hat den Augenblick nicht genutzt, auch nicht den Versuch unternommen, daraus eine breite Friedensbewegung zu entwickeln.

Seit fast zwei Jahren führt Israel einen Krieg im Libanon, den ihm nicht äussere Feinde, sondern eigene Militärs aufgenötigt haben, die ausser Kontrolle geraten und vor militärischen Erfolgen übermütig geworden sind und die Kräfteverhältnisse und Dimensionen nicht mehr klar sehen. Dies ist Israels erster Krieg, der die Bevölkerung und die Armee, einschliesslich der Kader, zutiefst gespalten hat: riesige Protestdemonstrationen, zahlreiche Friedensorganisationen und -gruppen, Verweigerung des Militärdienstes im Libanon, Verurteilung von Dienstverweigerern. Dieser Protest umfasst auch die meisten grenznahen Kibbuzim im Norden.

Die Pläne des damaligen Verteidigungsministers (Sharon) und seines Generalstabchefs (Eytan) haben sich als völlig unrealistisch erwiesen. Aus dem kurzen Blitzkrieg, der einer israelfreundlichen Regierung unter Beshir Gemayel die Macht verleihen sollte, mit Israel Frieden zu schliessen, wurde ein nun schon zweijähriger Abnutzungskrieg und eine Okkupation. Das Abkommen wurde

vom neuen Präsidenten, Amin Gemayel, der seinem ermordeten Bruder nachfolgte, unter syrischem Druck annulliert. Der Libanon ist innerlich weitgehend destabilisiert. Die Terrorüberfälle über die Grenze gehen weiter. Die PLO-Führung unter Arafat ist zwar aus dem Libanon militärisch verdrängt, aber politisch existiert sie weiter. Durch die Duldung der Massaker in den palästinensischen Flüchtlingslagern (Sabra und Shatila) hat sich die israelische Militärführung schwere Schuld aufgeladen. Bald 600 Israelis sind bisher gefallen, die Zahl der Verwundeten beträgt über 3000. Seev Shiff, Militärkorrespondent der israelischen Tageszeitung «Haaretz», weist nach, dass Sharon den Ministerpräsidenten und seine Kollegen bewusst hinters Licht geführt und beschwindelt hat.

Einige Minister haben wegen dieser und ähnlicher Entwicklungen die Regierung unter Protest verlassen. Begin und sein Nachfolger haben sich dennoch des Herrn Sharon nicht entledigen können, der immer noch im Kabinett sitzt und sich explizit für fähig hält, Ministerpräsident zu werden. Sie alle sind mitverantwortlich für den Blutzoll und das politische Desaster des Libanon-Krieges, der keine Ende zu finden scheint. Einige der kontraproduktiven Folgen sind die politische Dominanz Syriens im Libanon und die Unmöglichkeit des Rückzugs ohne Gesichtsverlust der Regierung. Aussenpolitisch hat sich die Regierung Israels weiter isoliert denn je. Auch die Unterstützung durch die USA ist mehr verbal als real. Selbst das überhebliche, fast grössenwahnsinnige Angebot Begins, Eckstein eines «antisowjetischen Schutzwalls» vor den Ölquellen des Mittleren Ostens sein zu wollen, hat keine engere Bindung USA-Israel bewirkt. Dagegen geht die Aufrüstung von Israels Nachbarn durch die

USA (Jordanien, Saudi-Arabien, Ägypten) und Frankreich (Irak) weiter, wird die militärische Zusammenarbeit intensiver und erhöht sich das Niveau der Verhandlungen der USA mit der PLO.

Mit dem Einsatz grosser staatlicher Mittel werden neue Siedlungen in den besetzten Gebieten geschaffen. Die Gesamtzahl der Siedler wird auf etwa 15 000 geschätzt, ist und bleibt also bedeutungslos. Die oft unproduktiven Siedler müssen aber durch israelische Soldaten vor ihren Nachbarn geschützt werden. Übergriffe und Gesetzlosigkeit der Siedler verschärfen die Unruhe in der Westbank und unterminieren den früher guten Ruf der Justizbehörden. Manche Verbrechen, so die Attentate auf arabische Bürgermeister, bleiben ungeklärt.

Inflation und Verarmung

Wirtschaftlich war Begin angetreten, die «Erblast» der Inflation seiner Vorgänger zu beseitigen. Stattdessen ist Israel fast an der Weltspitze, was die Inflationsrate betrifft — man rechnet gegenwärtig mit etwa 400% pro Jahr; das Tempo beschleunigt sich weiter. Der Libanon-Krieg, die Rüstung, Siedlungen in der Westbank, Subsidien für religiöse Lobbies und ihre Thora-Schulen, Wahlgeschenke haben die Währung soweit ausgehöhlt, dass der vorletzte Finanzminister (Aridor) die Abschaffung der eigenen Währung und die offizielle Einführung der US-Dollars als Landeswährung vorschlug.

Zwar hungert man in Israel nicht. Aber es ist klar, dass eine Ausgabenpolitik, die die eigenen Kräfte derart übersteigt, die Arbeiter, Angestellten und Sozialrentner schwer betrifft, ihren Lebensstandard senkt, am Ende auch die kleinen Sparguthaben entwerten muss — trotz aller Indexbindung. Ferner er-

höht sie die politische Abhängigkeit von den USA. Nur die Sachwertbesitzer, die Eigentümer von Fabriken und Maschinen leiden nicht unter dieser Entwicklung. Gesundheitswesen und Bildungssystem werden in ihren Leistungen eingeschränkt. Auch die Exportsubventionen für Agrarprodukte werden stark gekürzt, so dass zahlreiche Überschussprodukte nicht mehr exportiert werden können und schon Zitruspflanzungen gerodet werden.

Innenpolitische Polarisierung

Am schwersten wiegen die innenpolitischen Entwicklungen. Der Likud-Block hat absichtlich die inneren Spannungen verschärft zwischen orientalischen und europäischen Juden, zwischen der grossen Masse der laizistischen und der lautstarken kleinen Minderheit der (oft antizionistischen) orthodoxen Juden, zwischen den Friedenswilligen und den wenigen Neusiedlern in der Westbank, last not least zwischen Juden und Arabern. Die Welle des «religiösen» Fundamentalismus, die den Nahen Osten überflutet, hat auch Israel erreicht, provoziert die Mehrheit, erschwert das Leben, schadet der Volkswirtschaft (Stillegung von El Al an Samstagen und Feiertagen). In einer demagogischen Hetzkampagne hat Begin's Herut-Partei seit 1977 Shimon Peres, den Vorsitzenden des Arbeiterblocks, angeschwärzt, verleumdet, herabgesetzt und durch Schlägertrupps seine Versammlungen gestört.

Stimmungsumschwung gegen den Likud-Block

Stimmungen sind veränderlich, und ihre Einschätzung bleibt

notwendig subjektiv. — Bis 1967 überwog, wenn ich verallgemeinern darf, der Wunsch nach Frieden mit den Nachbarstaaten und nach Gleichberechtigung der etwa 9–10 Prozent arabischer Bürger in Israel. Die Intransigenz der besiegten Nachbarn und die Okkupation veränderten die Mentalität der Sieger. Überheblichkeit, Herrenmentalität, Chauvinismus kamen auf, der Wunsch nach einem grösseren Israel zugleich mit dem Trauma einer eventuellen Wiederholung der lebensgefährlichen Bedrohung durch eine Koalition aller Nachbarn wie vor dem Sechstagekrieg 1967. Diese Stimmung verstärkte sich nach dem Krieg von 1973, den Israel nach schweren anfänglichen Rückschlägen doch erfolgreich mit einem Kompromiss abschliessen konnte. Eine entscheidende Wende brachte der Libanon-Krieg. Die Mehrheit dürfte heute entschieden gegen diesen Krieg und für eine friedliche Regelung mit den Nachbarn eintreten.

Meinungsumfragen während des Regierungsturzes gaben dem Arbeiterblock eine absolute Mehrheit bei den Parlamentswahlen. Solche Umfragen sind nicht zuverlässig. Bis zum Wahltag, dem 23. Juli 1984, kann noch viel Wasser den Jordan hinunterfliessen und die gestürzte Regierung noch manchen Trick versuchen.

Die Position des Maarach

Der Arbeiterblock (Maarach) ist keineswegs homogen. Aber in ihm überwiegen bei weitem die Kräfte, die gegen den Libanon-Krieg sind und einen Frieden mit den Nachbarn anstreben, auch eine Anerkennung der PLO akzeptieren würden. Diese Kräfte beschränken sich aber keineswegs auf die bisherigen Wähler des Arbeiterblocks. Mein Ein-

druck ist: Kriegsmüdigkeit, Friedenswunsch, tiefe Enttäuschung über die Grossmachtspolitik des Likud haben auch grosse Teile derer ergriffen, die 1977 eine Änderung wollten und sich vom Maarach abwandten. Auch Teile der orientalischen Wähler sind nach 7 Jahren Likud-Regierung ernüchtert.

Der Maarach ist mehrheitlich reformistisch — mit dem linken Partner, der Mapam, und einigen sehr pointierten Tauben. Die internen Rivalitäten zwischen Peres und Rabin dürften beigelegt sein. Die beiden bilden mit dem früheren Staatspräsidenten Navon eine einheitliche Spitze, die nach aussen Einigkeit und den Willen demonstriert, die reaktionäre und bankrotte Likud-Regierung abzulösen. Eine Wahlplattform liegt noch nicht vor. Ihre wesentlichen Programmpunkte lassen sich etwa so formulieren:

1. Beendigung des Libanon-Krieges durch schnellen Rückzug hinter die alte Grenze,
2. Beendigung der Siedlungstätigkeit in den besetzten Gebieten,
3. Verhandlungen mit Jordanien (evtl. unter Einschluss von Palästinenser-Vertretern) über die Westbank,
4. neue Wirtschaftspolitik, Sanierung des Staatshaushaltes (auch dank 1 und 2), Förderung neuer Industrien.

Ob von diesem Grundprogramm Abstriche gemacht werden müssen, hängt teilweise vom Wahlausgang am 23. Juli ab. Nur bei absoluter Mehrheit kann der Maarach ohne Rücksicht auf die Kleinparteien handeln. Er kann dann nicht mehr diese Parteien für eigene Schwächen schuldig erklären. Dann hängt alles von der Entschlossenheit und Klarheit der Führung und von entsprechendem Druck von unten ab.

Der Likud zeigt demgegenüber ein anderes Bild. Begin's Nachfolger Shamir hat nicht dessen demagogische Begabung und politische Aura. Die Führungsgruppe ist zutiefst zerstritten. Der Streit unter den Ministern geht weiter. Ariel Sharon, der am meisten gefürchtete reaktionäre Politiker, konnte im Zentralkomitee der Herut-Partei Begin's 42 Prozent der Stimmen gegen 56 Prozent für Shamir meistern und strebt offen die Ministerpräsidentschaft oder zumindest einen einflussreichen Ministerposten an. Das könnte weiter zur Ernüchterung bisheriger Likud-Wähler beitragen.

Stimmungen bei den Arabern

Aussagen über die Stimmungen der Araber in Israel und in der Westbank sind noch schwieriger zu machen. Die Ächtung radikaler Organisationen zwingt sie, in legalen Organisationen Zuflucht zu suchen, so in der offiziell kommunistischen Rakah, die 5 Mandate im Parlament erreichte. Die gute Hälfte ihrer Wähler dürfte keineswegs kommunistisch denken, sondern eher arabisch-nationalistisch. Aber Rakah hat immerhin Israels Existenzrecht anerkannt. Die Drusen, Beduinen, ein Grossteil der christlichen Araber und einige Notable im alten Israel akzeptieren wohl den Staat Israel. Die Mehrheit in den besetzten Gebieten ist aber mit dem Besatzungsstatus unzufrieden und betrachtet die PLO als ihr Sprachrohr. Einflussreiche Kräfte unter ihnen, vor allem aus Oberschicht und wohlhabendem Mittelstand, würden einen Kompromiss der PLO mit Israel begrüssen, unter Umständen mit Hilfe des jordanischen Königs.

Bei den hunderttausenden Flüchtlingen in den Lagern der arabischen Länder oder bei je-

nen, die in Kuwait, Libyen und anderswo mehr oder weniger gute Arbeit und Erwerb gefunden haben, sind die politischen Präferenzen schwer auszumachen. Schon ihre Zahl ist höchst umstritten, aber auch ihr Status ist unklar, manchmal inferior. Sie sind abhängig von dem sehr begrenzten Wohlwollen ihrer Gastländer, manchmal von deren Geld und Anweisungen. Das innere Bild der PLO ist also ausserordentlich heterogen, wie aus der halberfolgreichen Rebellion grosser Teile der syrisch beeinflussten Verbände in Syrien und dem Nordlibanon im Frühjahr 1983 sehr deutlich wurde. Die revoltierenden Offiziere wandten sich gegen Arafats «zu nachgiebige Haltung gegenüber Israel» und verlangten einen verschärften militärischen und paramilitärischen Kampf, also Terroraktionen in Israel.

Das Dilemma der PLO

Damit wurde erneut das wirkliche Dilemma der Auseinandersetzung zwischen Israel und der PLO deutlich. Alle arabischen Staaten und die PLO wandten sich gegen Sadats Friedensschluss zwischen Ägypten und Israel und bekämpften diesen bis aufs Messer. Als Sadat schliesslich dieser Hetze zum Opfer fiel, äusserte Arafat seine Freude und Genugtuung. Im Frühjahr 1983 fiel Arafats Berater Issam Sartawi in Lissabon den gleichen Mördern zum Opfer, weil er für Verständigung mit Israel arbeitete.

In den führenden Kreisen der PLO, die nicht notwendigerweise die Stimmung der Basis, sondern vielleicht eher die der geldlich und politisch «fördernden» Brudernationen und Gastländer repräsentieren, stehen sich zwei Strömungen gegenüber. Die einen fordern die Vernichtung Israels, die Wiederherstellung des Status quo ante von 1947, die

Rückkehr aller Flüchtlinge und ihrer Kinder nach «Palästina», die Vertreibung all jener Juden (und ihrer Nachkommen?), die nach 1917 oder einem ähnlichen Zeitpunkt eingewandert sind, die Rückgabe auch des gekauften Ackerbodens an seine Vorbesitzer. Das ist nicht nur unhistorisch und politisch unsinnig; es lässt sich auch bei den gegenwärtigen militärischen Kräfteverhältnissen nur als vermessen und grössenwahnsinnig bezeichnen.

Die anderen wären zu einem Kompromiss mit Israel bereit, der in seinen Einzelheiten noch auszuhandeln wäre und aus taktischen Gründen als vorläufig bezeichnet würde. Dies würde im wesentlichen einen eigenen Staat der Palästinenser in der Westbank und im Gazastreifen beinhalten. Dabei liessen sich technische Regelungen für alle Detailfragen finden, wenn Bereitschaft zum Kompromiss und die Fähigkeit vorhanden wäre, dies unter den Palästinensern durchzusetzen.

Wenn Arafat, gegenwärtig nur nomineller, heftig umstrittener PLO-Chef, zu diesem historischen Kompromiss bereit wäre oder ist, so muss er um seine politische Stellung, wohl auch um sein Leben fürchten. Aus diesem Dilemma erklären sich Arafats widersprüchliche politische Erklärungen, die gegenwärtig noch überwiegend, nicht ausschliesslich gegen Israels Existenz gerichtet sind. Ohne eine ausdrückliche Anerkennung dieses historischen Faktums sind Verhandlungen nur schwer denkbar. Diese Hürde zu nehmen ist aber für Arafat schwer, ja lebensgefährlich. Nichts zeigt deutlicher die historische Unreife dieser jungen, neuen Nation. Dagegen kann aus der Erfahrung von 1977 (Sadats Besuch in Jerusalem) angenommen werden, dass die grosse Mehrheit der Israelis, einschliesslich der

arabischen Bürger, diesen historischen Kompromiss begeistert akklamieren und erleichtert aufatmen würde.

Pulverfass Mittlerer Osten

Zwar soll sich dieser Beitrag nur mit Israel und den Palästinensern befassen. Aber man kann das geographische und strategische Umfeld nicht ignorieren. Der Mittlere Osten ist eine Region grosser politischer Beben und Unruhen, und die Implantation Israels als Folge der Hitlerschen Verbrechen ist nur einer der Problemkomplexe, die diese Unruhe verursachten. Andere wesentliche Faktoren sind:

1. Die Entstehung zahlreicher unabhängiger Staaten nach 1945 und die daraus folgende Welle neuer, junger Nationalismen.
2. «Nationale» Gegensätze (Libyen-Ägypten, Irak-Iran, Irak-Syrien).
3. Der Panarabismus, die Hege-moniebestrebungen einzelner arabischer Staaten und ihrer politischen Führer und die politischen Rivalitäten.
4. Die Furcht der weitgehend feudalen Eliten vor den notwendigen sozialen Veränderungen und der ansteckenden Wirkung der Modernisierung in Israel.
5. Der «religiöse» Fundamentalismus und Sektenfanatismus, der manchmal soziale Gegensätze überlagert oder missbraucht.
6. Der ökonomisch, strategisch und weltpolitisch wichtige Ölreichtum vieler arabischer und islamischer Staaten.
7. Strategische Interessen der Supermächte USA und Sowjetunion.
8. Lieferung von Rüstungsgütern durch alle grossen Industrienationen. Die Klein- und Mittelstaaten der Region könnten den negativen Einfluss der Grossmachtpolitik durch Frie-

den und Kooperation etwas zurückdrängen.

Die Linke in Europa

Die Zielgruppe des deutsch-israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten dürften überwiegend Linke sein, was immer dieser schillernde Begriff heute bedeuten mag. Ich selbst gehe an das Problem Israel und die Palästinenser vom Standpunkt des sozialistischen Internationalismus und mit den deutschen historischen Erfahrungen von 1916 bis 1984 heran.

«Die Linke» hat in ihrer Haltung zu Israel stark geschwankt. Zuerst gab es Bewunderung und moralische Unterstützung im Gefolge der antifaschistischen Solidarität der Verfolgten nach 1945 bis etwa 1967. Danach schlug die Stimmung radikal um zur Sympathie mit den nun besiegten und benachteiligten Palästinensern. Bei manchen «Extremisten», die ich nicht zur Linken zählen möchte, ging diese Haltung bis zur «Zusammenarbeit» mit den libyschen und ähnlichen Geheimdiensten. (Man scheut sich, die hitleristische Aussortierung der Juden in dem dann nach Entebbe entführten französischen Flugzeug unter aktiver Mithilfe deutscher «Antifaschisten» und ähnliche Verbrechen zu erwähnen.) Einige gingen so weit, die Existenzberechtigung Israels zu bestreiten. Die israelische Matzpen-Gruppe lehnte den Frieden zwischen Israel und Ägypten ab! Nach einigen weiteren Jahren wurde der Problemkomplex fast tabuisiert, eine offene Diskussion weitgehend abgelehnt.

Die wirkliche Linke braucht sich nicht schuldig zu fühlen an den Verbrechen des Hitlerismus und an der «Gleichgültigkeit» der Nachbarstaaten von 1933–45. Aber sie darf und kann nicht die historischen Folgen jener Entwicklungen ignorieren. Auch

und gerade kritische Marxisten haben 1945 gegen die Potsdamer Beschlüsse protestiert; aber sie haben die Ergebnisse des Hitlerkrieges akzeptiert: Breslau wurde polnisch, Königsberg russisch — und so wurde ein Teil Cisjordanien zu Israel. Es gibt kein Zurück in der Geschichte; und wir alle haben Willy Brandts Bemühungen um Anerkennung der Grenzen von 1945 (an der Elbe und an der Oder-Neisse-Linie) begrüsst. Nur deutsche Reaktionäre, wie die Minister Windelen und Zimmermann und der Flüchtlingsfunktionär Hupka, wollen die Tatsachen revidieren — vorerst durch den Druck überholter Landkarten. — Analoges gilt für Israel.

Sozialisten müssen sich bemühen, die friedensbereiten Kräfte, Strömungen und Organisationen bei Israelis und Palästinensern zu fördern, ihnen bei der Suche nach Wegen zueinander helfen. Gegen die Eskalation des Chauvinismus und Nationalismus muss die Eskalation des Friedenswillens gesetzt werden. Nicht die Aufrechnung vergangener Verbrechen ist die Aufgabe, sondern der viel schwierigere Brückenbau. Dazu könnte die deutsche Friedensbewegung beitragen. Das schafft zwar keine ideoalen, sozialistischen Lösungen der Probleme, aber einen lebenswerten Frieden, in dem sich geduldig nach noch besseren Regelungen suchen lässt: nach Kooperation in der wirtschaftlichen Entwicklung und Abbau des militärisch gesicherten Misstrauens, sogar nach sozialistischer Umgestaltung der Gesellschaften. Man möchte wünschen und hoffen, dass die Vernunft bei den israelischen Parlamentswahlen am 23. Juli 1984 siegt und dann ein neues Blatt in der Geschichte dieses schwierigen Konfliktes aufgeschlagen werden kann. Möge die Chance des Neuanfangs gegeben und gründlich genutzt werden!